Kommunale Demokratie in Andorra

Empfehlung 415 (2018)[1]

1. Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats verweist auf:

a. Artikel 2 Abs. 1.b der Statutarischen Entschließung CM/Res(2015)9 in Bezug auf den Kongress, die besagt, dass es ein Ziel des Kongresses ist, „Vorschläge beim Ministerkomitee einzureichen, um die kommunale und regionale Demokratie zu fördern";

b. Artikel 2, Abs. 3 der Statutarischen Entschließung CM/Res(2015)9 in Bezug auf den Kongress, die besagt: „Der Kongress verfasst regelmäßig länderspezifische Berichte über die Situation der kommunalen und regionalen Demokratie in allen Mitgliedstaaten und in den Staaten, die den Beitritt zum Europarat beantragt haben, und er stellt insbesondere sicher, dass die Grundsätze der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung umgesetzt werden";

c. Kapitel XVII der Geschäftsordnung des Kongresses über die Organisation der Monitoring-Verfahren;

d. den vorliegenden Begründungstext zur kommunalen Demokratie in Andorra, der von den Berichterstattern Frau Gaye Doganoglu, Türkei (L, EPP/CCE), und Herrn Zdenek Broz, Tschechische Republik (L, CRE/ECR), nach ihrem Besuch in Andorra vom 25. bis 26. April 2017 verfasst wurde.

2. In Bezug auf Andorra:

a. Andorra hat die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung (ETS Nr. 122) am 27. Oktober 2010 unterzeichnet und am 23. März 2011 mit Ausnahme von Artikel 9.2 über angemessene Finanzmittel, Artikel 9.5 über Finanzausgleichsverfahren, Artikel 9.8 über den Zugang zum nationalen Kapitalmarkt ratifiziert; die Charta trat in Andorra am 1. Juli 2011 in Kraft;

b. Es hat nicht das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207) unterzeichnet;

c. Der Zustand der kommunalen Demokratie in Andorra war seit der Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung nicht Gegenstand eines Monitoring-Besuchs des Kongresses;

d. Der Monitoring-Ausschuss wies Frau Gaye Doganoglu und Herrn Zdenek Broz an, als Berichterstatter einen Bericht über die kommunale Demokratie in Andorra zu verfassen und diesen dem Kongress vorzulegen. Bei ihrer Arbeit wurden die Berichterstatter von Frau Professorin Dr. Tania Groppi, Expertin und Mitglied der Gruppe der unabhängigen Sachverständigen für die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, und dem Sekretariat des Kongresses unterstützt;

1 Diskussion und Annahme durch den Kongress am 28. März 2018, 2. Sitzung (siehe Dokument CG34(2018)14, Begründungstext), Berichterstatter: Gaye DOGANOGLU, Türkei (L, EPP/CCE) und Zdenek BROZ, Tschechische Republik (L, ECR).

e. Die Kongressdelegation führte vom 25. bis 26. April 2017 einen Monitoring-Besuch in Andorra durch und besuchte dabei Andorra la Vella, Canillo und Encamp. Während des Besuchs traf sich die Delegation mit Vertretern der nationalen Stellen (Regierung, Finanzministerium), des Rechnungshofs, des Generalrats (Parlament), des Verfassungsgerichts, der kommunalen Gebietskörperschaften, mit Sachverständigen, mit der Ombudsperson und mit Mitgliedern der nationalen Delegation von Andorra beim Kongress. Das detaillierte Programm des Besuchs ist diesem Bericht angehängt.

3. Der Kongress dankt der Ständigen Vertretung Andorras beim Europarat und den andorranischen Stellen auf zentraler und kommunaler Ebene sowie den weiteren Gesprächspartnern für die wertvolle Zusammenarbeit und die Informationen, die sie der Delegation überlassen haben.

4. Der Kongress nimmt mit Zufriedenheit Folgendes zur Kenntnis:

a. den allgemein zufriedenstellenden Zustand der kommunalen Demokratie in Andorra, belegt durch den geringen Umfang an Konflikten zwischen Staat und kommunalen Gebietskörperschaften;

b. die allgemeine Einhaltung der Verpflichtungen, die das Fürstentum Andorra eingegangen ist, als es am 23. März 2011 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert hat;

c. eine Kultur der Konsultation und eines engen Dialogs zwischen Staat und kommunalen Gebietskörperschaften, die auf die geringe Größe des Landes und die daraus resultierende Nähe und lange bestehende Traditionen zurückzuführen sind;

d. die Vertretung der Gemeinden in der Zusammensetzung des Parlaments;

e. die laufenden Verhandlungen der drei Parteien, i.e. Regierung, Parlament und kommunale Gebietskörperschaften, über eine Reform der Aufgabenverteilung und der Finanzmittel, die das gesamte Zuweisungssystem aktualisieren soll.

5. Der Kongress stellt fest, dass die folgenden Punkte besondere Aufmerksamkeit verdienen:

a. das Fehlen einer formalen gesetzlichen Anerkennung der Verfahren zur Konsultation der kommunalen Gebietskörperschaften bei Angelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen, ungeachtet der Tatsache, dass systematische und effektive Konsultationen in der Praxis stattfinden;

b. der Stadt Andorra la Vella wurde bisher kein Sonderstatus zugestanden, auf der Grundlage der Kongress-Empfehlung 219 (2007), der andere gesetzliche Vorkehrungen vorsieht, um der besonderen Situation der Hauptstadt im Vergleich zu anderen Gemeinden Rechnung zu tragen.

6. In Anbetracht des Vorstehenden bittet der Kongress das Ministerkomitte, die andorranischen Stellen aufzufordern:

a. die Verfahren zur Konsultation der kommunalen Gebietskörperschaften durch die zentralen Stellen gesetzlich zu verankern, was das Recht der kommunalen Gebietskörperschaften auf Anhörung bei allen sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten weiter absichern würde;

b. der Stadt Andorra la Vella einen Sonderstatus zuzugestehen, auf der Grundlage der Kongress-Empfehlung 219 (2007), der andere gesetzliche Vorkehrungen vorsieht, um der besonderen Situation der Hauptstadt im Vergleich zu anderen Gemeinden Rechnung zu tragen;

c. die Ratifizierung der Absätze 2 und 5 von Artikel 9 zu erwägen, die de facto bereits in Andorra Anwendung finden;

d. die Reformbemühungen in Bezug auf die Zuständigkeiten und Finanzmittel der kommunalen Gebietskörperschaften auf Grundlage der entsprechenden Grundsätze der Charta fortzusetzen;

e. zu erwägen, das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207) zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

7. Der Kongress bittet das Ministerkomitee, die Empfehlung zur kommunalen Demokratie in Andorra sowie den begleitenden Begründungstext bei seiner Tätigkeit in Bezug auf diesen Mitgliedstaat zu berücksichtigen.